

# M 14 Aktivitäten des Konziliaren Prozesses und Brief des Kirchenamtsrates

Bezirksverwaltung für  
Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt  
Kreisdienststelle Zwickau  
Leiter

Zwickau, 26. September 1989  
geh-schm 4500 /89

BSIU
000083

Bezirksverwaltung für  
Staatssicherheit  
Leiter  
Gen. Generalleutnant GEHLERT

Karl-Marx-Stadt

BVIS Nr. 34	Lee
27-089	
Tgl. Nr. 23951-	
Weiter:	

*fr. O. Müller*  
*14.1.88 1. P. W.*  
*21.9.89*

## INFORMATION über Aktivitäten des "Konziliaren Prozesses" Zwickau

Am 23. 9. 1989, in der Zeit von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr, fand in der Evangelisch-lutherischen Moritzkirche Zwickau das dritte sogenannte "Kontaktleutetreffen" der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit" im "Konziliaren Prozeß" Zwickau statt. Dieses Treffen wurde von Kirchenamtsrat R. [redacted] organisatorisch vorbereitet und durchgeführt.

Bei den Kontaktleuten der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit" handelt es sich bekanntlich um Personen, die im Rahmen der Auftritte der Arbeitsgruppe in verschiedenen Gemeinden der Evangelisch-lutherischen Kirche für eine Zusammenarbeit bzw. Mitarbeit gewonnen wurden.

Insgesamt waren ca. 40 Personen anwesend, darunter

- Kirchenamtsrat R. [redacted] Andreas
- Hans-Georg B. [redacted]
- weitere 4 Mitglieder der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit"
- der Vorsitzende der Ortsgruppe der CDU Mülsen St. Niclas, S. [redacted] Harry  
geboren am [redacted] in Sondershausen  
wohnhaft: Mülsen St. Niclas, W. [redacted]  
besch.: selbständiger Elektroinstallateur Ortmannsdorf
- eine gewisse Ines S. [redacted] aus Karl-Marx-Stadt
- sowie weitere noch nicht personifizierte Kontaktleute außerhalb des Territoriums Zwickau

Außerdem waren ca. 30 Minuten anfänglich Dr. Martin B. [redacted] und Erwin K. [redacted] anwesend.

*BSIU, C-Akte 376, Bd. 2*

Nach Eröffnung des "Kontaktleutetreffens" ergriff sofort Dr. Martin B. die Initiative und informierte die Anwesenden über die Bildung der Vereinigung "Neues Forum". In diesem Zusammenhang wurde an alle Anwesenden der zwischenzeitlich vervielfältigte Aufruf

"Aufbruch 89 - Neues Forum"

verteilt.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte B. daB es in erster Linie darauf ankäme, eine große Zahl von Personen für dieses "Neue Forum" zu gewinnen und die momentane Ablehnung von seitens des Ministers des Innern durch ein Massenaufgebot an Mitgliedern/Interessenten, welches international publik gemacht werden soll, umzustoßen und dieser Vereinigung einen legalen Status zu geben.

Zur Zielstellung des "Neuen Forum" verwies B. auf den verteilten Aufruf.

Durch B. wurde im weiteren ausgeführt, daB bereits viele SED-Funktionäre, Betriebsleiter, Ärzte und Direktoren sich zum "Neuen Forum" bekannt haben und daB innerhalb der Bezirke Berlin, Leipzig und Karl-Marx-Stadt bisher die meiste Resonanz zu verzeichnen wäre.

Von den Anwesenden wurden überwiegend Sympathieerklärungen zur Bildung der Vereinigung "Neues Forum" zum Ausdruck gebracht und Fragen dahingehend gestellt, wie die Mitglieder dafür konkret gewonnen werden sollen. Eine direkte Unterschriftensammlung wurde nicht durchgeführt, sondern man wolle Interessenten registrieren und hier konkrete Angaben zur Person, das heißt bis hin zur Erfassung des Berufes, um nachzukommen, welche Berufsgruppen innerhalb des "Neuen Forum" den Vorrang haben.

Nach diesen Darlegungen verließen Dr. Martin B. und Erwin K. das "Kontaktleutetreffen".

Durch Kirchenamtsrat R. wurde der Fortgang der Veranstaltung übernommen und zunächst eine kurze Zusammenfassung und Rückschau auf die bisher geleistete Arbeit gegeben.

Zur ausgefallenen Veranstaltung am 31. 8. 1989 mit dem ehemaligen Rechtsanwalt Rolf HENRICH erklärte Hans-Georg B. daB dies ihm und auch anderen unverständlich sei, vor allem, da HENRICH sich in keiner Weise entschuldigte. Zukünftig müßten derartige Veranstaltungen besser abgesichert sein.

Hans-Jürgen M. gab einen kurzen Bericht über die weiteren Ziele der Arbeitsgruppe, welche sich im Rahmen der bereits bekannten Tendenzen bewegen, das heißt der Fortführung von Gemeindeabenden mit dem Nachweis der Beeinträchtigung von verfassungsgemäß garantierten Rechten der Christen in der DDR aus solchen Sektoren, wie Bildungswesen, Wehrdienst u. a.

BSU  
3000085

Im Anschluß verlas R. [redacted] einen sogenannten "Offenen Brief" von vier CDU-Mitgliedern aus Weimar und Eisenach (siehe Anlage/ konspirativ beschafft, nicht offiziell verwendbar).

R. [redacted] erachtet es in Hinsicht auf diesen Brief als vorteilhaft, mit diesen CDU-Mitgliedern Verbindung aufzunehmen.

Im Anschluß daran wurde durch R. [redacted] ein durch ihn selbst verfaßtes Schreiben an verschiedene Superintendenturen seines Kirchenbezirkes verlesen. Dabei handelt es sich um eine Unterschriftensammlung, welche die Veröffentlichung des Wortlautes des Schreibens der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 2. 9. 1989 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR unterstützen soll (siehe Anlage/Dokument wurde konspirativ beschafft und ist nicht offiziell verwendbar). Über dieses Dokument wurde abgestimmt und Einstimmigkeit zur weiteren Veranlassung erzielt.

Zum Abschluß wurde nochmals auf die sogenannte "Baumpflanzaktion" am 30. 9. 1989 im Wohngebiet Zwickau-Eckersbach verwiesen und eine Teilnahme der anwesenden Kontaktleute fixiert.

Anlagen

*Springer*  
Springer  
Oberstleutnant

# Der Kirchenamtsrat

für die Ev.-Luth. Kirchenbezirke  
Aue/Auerbach/V. Oelsnitz/V. Plauen/V.  
Werdau, Zwickau

Staatbank der DDR, Zwickau 5931-33-15  
Fernruf 37 53

Aktenzeichen: A 19  
(Bei Antworten bitte angeben)

Betreff:

Bezug:

BSU

000086

9541 Zwickau, den 22. September 1989  
Lothar-Streit-Str. 19  
Postschließfach 167

An den  
Arbeitskreis "Konziliarer Prozeß"  
bei der Inneren Mission im  
Kirchenbezirk Zwickau  
Robert-Müller-Straße 41/43  
Z w i c k a u  
9 5 0 2

Betr.: Brief an die Gemeinden (Veröffentlichung des Wortlautes des Schreibens der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 02. 09. 1989 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR)

Liebe Schwestern und Brüder!

Am 10. September 1989 wurde der oben genannte Brief bekanntlich in den Kirchen unseres Landes verlesen. Auch im Gemeindeblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens "DER SONNTAG" wurde der Wortlaut dieses Briefes einem relativ weiten Leserkreis öffentlich zugänglich gemacht. Ich meine, davon ausgehen zu können, daß dieser Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR bei der überwiegenden Zahl unserer Kirchenglieder und darüber hinaus breite Zustimmung gefunden hat.

In einer Zeit, in der durch die öffentlichen Medien immer wieder darauf hingewiesen wird, daß seitens der parti- und staatsleitenden Organe unseres Landes ein offener Dialog über die im oben genannten Brief angesprochenen Probleme nicht gewünscht ist bzw. rundweg abgelehnt wird, frage ich mich, wie Christen unseres Landes hierauf angemessen und zugleich wirksam reagieren können.

Ich möchte deshalb in diesem Zusammenhang an die von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 2./3. Juni 1989 getroffene "Meinungsbildung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl" erinnern, deren Wortlaut damals dem Staatssekretär für Kirchenfragen übergeben wurde.

Auf eine entsprechende Anregung der Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit I" Eures Arbeitskreises erklärten im Juni dieses Jahres viele Glieder aus Kirchengemeinden des Kirchenbezirktes Zwickau sich durch ihre Unterschrift mit dieser Meinungsbildung ausdrücklich einverstanden. Die Unterschriften wurden damals dem Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens zur Weiterleitung an die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR mit der Bitte um Unterrichtung des Herrn Staatssekretärs für Kirchenfragen übergeben. Dieser hatte inzwischen erklärt, daß die in der Meinungsbildung angesprochenen Probleme staatlicherseits geprüft würden. Für diese Initiative hat das Landeskirchenamt den betreffenden Kirchengemeinden inzwischen schriftlich gedankt.

Da ich wegen meines unmittelbar bevorstehenden längeren Krankenhausaufenthaltes nicht mehr die Gelegenheit habe, mit Euch bzw. mit der Koordinierungsgruppe Eures Arbeitskreises ausführlich sprechen zu können, möchte ich Euch auf diesem Wege bitten, über folgenden Vorschlag nachzudenken:

1. Euer Arbeitskreis könnte die Anregung geben, daß zumindest die Glieder unserer Kirchengemeinden auf das o. g. Schreiben

b.w.

vom 02. 09. 1989 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR  
 ebenso reagieren wie damals im Blick auf die "Meinungsbil-  
 dung zu Anfragen im Zusammenhang mit der Kommunalwahl".  
 Dabei sollte entsprechend dem Wortlaut verfahren werden, der  
 damals in Kirchengemeinden des Kirchenbezirk Zwickau verwen-  
 det wurde und den ich Euch - im Text auf den jetzigen Anlaß  
 bezogen - anbei zur Kenntnis gebe.

2. Der umseitig beschriebene innerkirchliche Übermittlungsweg  
 läßt zwar eine solche Initiative relativ umständlich und  
 zeitaufwendig erscheinen; sie hat aber den - gerade für die  
 unterschreibenden Gemeindeglieder wichtigen - Vorteil, daß  
 sie (als rein innerkirchliches Verfahren) von staatlicher  
 Seite rechtlich nicht beanstandet bzw. gar als illegal abge-  
 tan werden kann.

Es hat sich damals auch als zweckmäßig erwiesen, wenn die  
 einzelnen Schreiben mit den Unterschriften dem Superintenden-  
 ten überbracht wurden, der sie dann gesammelt dem Landeskir-  
 chenamt zugeleitet hat. Damit konnte auch das Landeskirchen-  
 amt die Unterschriften einigermaßen geschlossen an die Konfe-  
 renz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR weiterrei-  
 chen und größerer Verwaltungsaufwand erspart bleiben.

3. Da die damals (im Juni 1989) angesprochenen Probleme sich auf  
 ein zeitlich fixiertes Ereignis, nämlich die Kommunalwahl be-  
 zogen, erschien der Weg einer unterschriftlichen Meinungsäuße-  
 rung nur dann halbwegs zweckmäßig, wenn er in relativ engem  
 zeitlichen Zusammenhang mit diesem Ereignis lag.

Bei den im Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR  
 vom 02. 09. 1989 angesprochenen Punkten handelt es/hingegen  
 um Probleme, deren Lösung unabhängig von einem solchen zeit-  
 lich fixierten Ereignis ansteht.

Da deshalb die Zeitknappheit nicht eine solche Rolle spielt  
 wie im Juni 1989, bestünde auch die Möglichkeit, andere kirch-  
 liche Gruppen in meinem Dienstbereich außerhalb des Kirchenbe-  
 zirk Zwickau (nämlich in den Kirchenbezirken Aue, Auerbach,  
 Oelsnitz/V., Plauen und Werdau) mit vorstehendem Vorschlag zu  
 befassen. Ich denke dabei insbesondere an

- die Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit" im Kirchenbezirk Werdau,
- das kirchliche Friedensseminar Königswalde,
- das kirchliche Umwelt- und Friedensseminar im Kirchen-  
 bezirk Oelsnitz/V. sowie an
- entsprechende kirchliche Arbeitsgruppen in Aue, Reichen-  
 bach/Lengenfeld und Plauen.

Ich habe die Superintendeten meines Dienstbereiches vom Inhalt mei-  
 nes heutigen Schreibens unterrichtet, damit Sie von vorstehendem  
 Vorschlag unterrichtet bzw. bei Anfragen und auftretenden Schwierig-  
 keiten auskunftsfähig sind sowie anlaufende Initiativen in der er-  
 forderlichen Weise begleiten und unterstützen können.  
 Ferner habe ich die anderen Kirchenamtsmitarbeiter im Bereich unserer Lan-  
 deskirche von diesem Schreiben in Kenntnis gesetzt.

Dankbar wäre ich, wenn bei Unklarheiten und Rückfragen zu dem vor-  
 stehenden Vorschlag jeweils mit dem zuständigen Superintendenten  
 oder meinem Vertreter Kontakt gesucht würde.  
 Auch wenn ich nun für längere Zeit gehindert sein werde, das Beste  
 zu suchen für unser Land, für unsere Kirche und alle die mir durch  
 meinen Dienst Anvertrauten, sollt Ihr doch wissen, daß ich auch im  
 Krankenhaus in Gedanken und im Gebet bei Euch sein möchte.

Gott befohlen!

Euer

Anlage:

1 Textmuster

EstU  
000088

Text-Muster

.....  
An das  
Evangelisch-Lutherische  
Landeskirchenamt Sachsen  
Lukasstraße 6  
D r e s d e n  
8 0 3 2

..... den . . 1989

zur Weiterleitung an die  
Konferenz der Evangelischen  
Kirchenleitungen in der DDR

Liebe Schwestern und Brüder!

Als Kirchengemeindeglieder bzw. als Leser von in der DDR erscheinenden Kirchenzeitschriften haben wir von dem Wortlaut des Schreibens der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 02. 09. 1989 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Kenntnis erhalten.

Mit unserer Unterschrift möchten wir Ihnen gegenüber zum Ausdruck bringen, daß wir für das vorgenannte Schreiben sehr dankbar sind, uns mit seinem Wortlaut ausdrücklich einverstanden erklären und ebenfalls von den staatlichen Organen unseres Landes eine Lösung der in diesem Schreiben benannten Probleme dringlich erwarten.

Wir bitten Sie, hiervon den Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen bzw. den Herrn Vorsitzenden des Staatsrates der DDR in geeigneter Weise zu unterrichten.

.....  
.....  
.....

(Unterschriften)